

1. Faire und innovationsfreundliche Plattformökonomie

Wie und in welchen Bereichen wollen Sie eine künftige Plattformregulierung weiterentwickeln?

Digitale Geschäftsmodelle und die sogenannte Plattformökonomie stellen uns vor neue Herausforderungen. Google und Facebook beherrschen den Markt für Onlinewerbung und können kleinen Unternehmen die Bedingungen diktieren. Amazon kann hohe Gebühren von kleinen Unternehmen verlangen, die gezwungen sind, ihre Produkte auf der Plattform anzubieten, um Käufer*innen zu finden.

Wir wollen diese Unternehmen streng regulieren. Wenn sie anderen Firmen den Zugang zu ihren Plattformen verwehren oder absurde Konditionen verlangen, müssen die Wettbewerbshüter*innen dagegen vorgehen. Vermietungsplattformen für Ferienwohnungen wie Airbnb unterlaufen gesetzliche Regulierungen der Städte und Bundesländer und berufen sich dabei auf die Regeln des europäischen Binnenmarktes. Gegen die Städte, die versuchen, Wohnraum vor Spekulation zu schützen, haben diese Plattformen sogar Beschwerde bei der EU-Kommission eingelegt. Es kann nicht sein, dass diese Onlineplattformen die Entscheidungsmacht der Städte und Bundesländer aushebeln. Die EU-Kommission ist gefordert, sicherzustellen, dass diese Plattformen bei der Regulierung von Ferienwohnungen endlich mitwirken müssen.

Facebook hat als soziales Netzwerk ein Monopol geschaffen. Kein anderes Unternehmen kann erfolgreich ein soziales Netzwerk betreiben, weil es davon lebt, dass viele andere Menschen es ebenfalls nutzen. Mit dem Zukauf von Instagram und WhatsApp hat Facebook seine Monopolstellung ausgeweitet. Um für mehr Wettbewerb zu sorgen, wollen wir diese Unternehmen entflechten. Wer von Facebook zu einem anderen sozialen Netzwerk wechseln will, muss zudem seine Daten einfach und schnell mitnehmen können.

2. Datenschutz & ePrivacy sinnvoll gestalten

Wie wollen Sie die Anwendung und Überprüfung der DSGVO sowie die weiteren Verhandlungen zur ePrivacy-Verordnung gestalten?

Produkte und Kaufgewohnheiten haben sich fundamental geändert. Aber welche personenbeziehbare Daten im Internet preisgegeben, gesammelt und gespeichert werden, das sollen die Betroffenen selbstbestimmt entscheiden können – und nicht Internet-Giganten wie Google oder Facebook.

Mit der von uns Grünen hart erkämpften Datenschutzgrundverordnung (DSVGO) hat die EU einen Meilenstein für modernen Datenschutz gesetzt. Sie sorgt dafür, dass die weltweiten Datenkonzerne in die Schranken gewiesen werden, und zeigt, dass wir als Europäische Union gemeinsam Standards setzen können, die weltweite Ausstrahlung haben. Ihre Umsetzung in der Praxis werden wir genau beobachten, sie wo nötig konkretisieren und weiter verbessern. Auch die zur Realisierung einer europaweit einheitlichen Aufsicht geschaffenen Strukturen wollen wir evaluieren und stärken.

So fordern wir bei der „E-Privacy“-Verordnung zum Schutz unserer elektronischen Kommunikation unter anderem, dass mobile Endgeräte wie Smartphones, Tablets oder Sprachassistenzsystemen wie Alexa oder Siri schon vom Werk aus gemäß der Grundsätze „Privacy by design“ und „Privacy by default“ den bestmöglichen Privatsphärenschutz garantieren. Zusätzlich erfordern es Wettbewerb und moderner Verbraucher*innenschutz, dass die Grundsätze der Interoperabilität, wie wir sie aus dem

Mobilfunk kennen, auch bei onlinegestützten Angeboten gelten. Was heute bei Telefon, SMS und Mail selbstverständlich ist muss zum Beispiel auch bei Messengerdiensten oder sozialen Netzwerken gewährleistet werden, nämlich unkompliziert zwischen Anbietern und Plattformen kommunizieren und wechseln zu können.

Wir wollen, dass Browsereinstellungen wie „Do not track“ rechtsverbindlich werden, damit nicht automatisch ein Nutzungsprofil erstellt wird. Damit unsere Grundrechte wirklich geschützt werden, brauchen wir die bestmöglichen Datenschutzgrundeinstellungen und Aufsichtsbehörden, die über die personellen und finanziellen Mittel verfügen, die rechtlichen Vorgaben tatsächlich durchzusetzen. Wir dringen darauf, dass die derzeit in Verhandlung befindliche E-Privacy-Verordnung weder weiter verzögert noch verwässert wird.

3. Data Economy fördern

Mit welchen Schritten wollen Sie eine nachhaltige und sinnvolle Datenpolitik zum Aufbau und zur Förderung einer Data Economy in der Europäischen Union fördern?

Die Förderung der Data Economy in der Europäischen Union sollte in erster Linie an Kriterien des Daten- und Verbraucher*innenschutzes gekoppelt sein. Die Digitalisierung und die mit ihr verbundene Wirtschaftskraft sind eine enorme Chance für die Entwicklung neuer Wirtschaftszweige in der EU. Es muss jedoch sichergestellt werden, dass das Vorsorgeprinzip und die bestehenden Regulierungen zum Verbraucher*innen- und Datenschutz keine Aufweichung zugunsten von Wachstum erfahren.

4. Künstliche Intelligenz, Blockchain und Digitale Ethik stärken

Welche Rahmenbedingungen sollten für KI, Blockchain und Ethik auf Europäischer Ebene gestaltet werden?

Kooperation der Mitgliedsstaaten und gemeinsame Rahmenbedingungen sind für die Entwicklung von KI und Blockchain-basierter Technologien eine Voraussetzung. Wir GRÜNE setzen uns für eine KI-Strategie ein, die jahrhundertlang erkämpfte Prinzipien unserer rechtsstaatlichen Demokratien nicht einfach über Bord wirft. Dabei stehen klare ethische Standards einem Ausbau der Innovationskraft in der EU nicht im Wege. Durch klare Regeln, die sich an europäischen Werten orientieren, können wir sicherstellen, dass die KI-Strategie der EU weltweit führend wird. Die bislang durch die Europäische Kommission angekündigten Geldpakete allein werden dieses Ziel nicht erreichen. Daher fordern wir insbesondere von der Kommission ein Bekenntnis zur raschen und demokratischen Erarbeitung jener ethischen Standards, ohne die von einer Strategie keine Rede sein kann. (Mehr Informationen hier: <https://www.janalbrecht.eu/2017/03/2017-03-20-gruene-positionen-zu-robotik-kuenstlicher-intelligenz/>)

5. Bildung und Arbeit 4.0 unterstützen

Wie wollen Sie diesen Entwicklungen auf EU-Ebene Rechnung tragen und den Arbeitsmarkt unterstützen?

Wir sind der Meinung, dass die Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen innerhalb Europas in allen Bereichen und Sektoren weiter verbessert werden muss. Gleiches gilt auch für die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen. Wir wollen europäische Aus- und Weiterbildungsprogramme stärken und das Recht auf Weiterbildung europäisch verankern. Fortbildungen allein schaffen allerdings keine neuen Arbeitsplätze. Durch Digitalisierung ersparte Arbeit darf nicht Gewinn für die einen und Existenzvernichtung für die anderen bedeuten: Durch Digitalisierung ermöglichte Profite und Zeitkontingente müssen gerecht an alle verteilt werden. Wir müssen daher neue Sozialabgaben- und Besteuerungsmodelle für Wertschöpfung durch Maschinen und Algorithmen entwickeln und Grundsicherung für Menschen von Lohnarbeit entkoppeln. Digitalisierung als Gemeinwohl wird so zur Chance für neue menschliche Entfaltungsräume.

6. Vitale Start-ups und Mittelstand für Europa

Wie wollen Sie die europäischen Rahmenbedingungen für Start-ups und den Mittelstand in der digitalen Wirtschaft verbessern? Wie stehen sie zu den Plänen einer Digitalsteuer?

Wir finden, Sie haben dazu gute Vorschläge gemacht. Wir sind bereit, uns an der Verwirklichung dieser Vorschläge zu beteiligen. Immer mehr der Wertschöpfung findet heute im digitalen Raum statt. International tätige Unternehmen, deren Wertschöpfung häufig immateriell ist und sich keinem Land zuordnen lässt, schaffen es oft, sich der Besteuerung ganz zu entziehen. Um das Steuerdumping digitaler Konzerne zu unterbinden, wollen wir eine am Umsatz orientierte europäische Digitalsteuer rasch einführen.

7. Netzneutralität und zukunftsfähige digitale Infrastruktur

Wie stehen Sie zum Prinzip der Netzneutralität und mit welchen Maßnahmen wollen Sie eine schnelle und flächendeckende Breitbandversorgung in Europa fördern?

Damit Unternehmen und Verbraucher*innen von der Digitalisierung profitieren können, braucht Europa eine flächendeckende digitale Infrastruktur. Ohne sie wird es keinen vollendeten europäischen digitalen Binnenmarkt geben. Für die digitale Infrastruktur Glasfaser und 5G-Mobilfunk gibt es Investitionslücken von Hunderten Milliarden Euro. Deswegen setzen wir uns für eine umfassende europäische Investitionsoffensive für den Glasfaserausbau und für eine Förderung offener und freier WLAN-Netze ein. Den Ausbau der digitalen Infrastruktur wollen wir an eine weitere rechtliche Stärkung der Netzneutralität koppeln, es darf kein „Zweiklasseninternet“ geben.

8. Cybersicherheit gewährleisten

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Themen Cybersecurity und Cyberkriminalität auf EU-Ebene weiter angehen?

Die Gewährleistung von Cybersecurity und -kriminalität sind primäre Aufgaben des Staates und damit auch ein wichtiges Betätigungsfeld der EU. Für uns GRÜNE ist die verbesserte Zusammenarbeit der Polizei- und Ermittlungsbehörden ein Ziel der europäischen Integration. Darum möchten wir der europäischen Polizeibehörde EUROPOL mehr Kompetenzen, Ausbildungsmöglichkeiten und Mittel bereitstellen.

Der Begriff Cyberkriminalität ist jedoch bislang sehr unklar definiert. Es wird daher nötig sein, sich auf eine Definition zu einigen, die nicht im Widerspruch steht zu den Ansprüchen eines freien und offenen Internets. Wir lehnen die Nutzung sogenannter „Staatstrojaner“ vehement ab und fordern eine gesetzliche Festlegung eines „Hack-Verbots“ für Strafverfolgungsbehörden.

Technische Geräte mit Zugang zum Internet erobern zudem immer mehr unseren Alltag. So reguliert die intelligente Heizung entsprechend der Wettervorhersage selbstständig die Zimmertemperatur, und die Spielzeugpuppe kommuniziert mit Kindern. Sind diese Geräte nicht ausreichend geschützt, bieten sie ein Einfallstor für kriminelle Hacker, die sich in die Systeme einschalten könnten, um sie zu manipulieren.

Wir fordern verpflichtende Mindeststandards für die IT-Sicherheit von technischen Geräten. Dazu gehören Verschlüsselung, Software, die auf dem neuesten Sicherheitsstand ist, und regelmäßige kostenlose Software-Updates sowie starke Authentifizierungsmechanismen bei vernetzten Geräten. Wenn ein Sicherheitsproblem bei einem Auto festgestellt wird, wie zum Beispiel eine mangelhafte Bremse, ist klar, dass der Hersteller dafür haftbar gemacht werden kann und die fehlerhaften Autos zurückrufen muss. Doch für Software gibt es bislang noch keinerlei Produkthaftung auf europäischer Ebene. Das muss sich ändern: Kommerzielle Hersteller von Software müssen haften, wenn sie regelmäßige Sicherheitsupdates nicht bereitstellen und bekannte Sicherheitslücken nicht schließen.

9. Medienkonvergenz und Urheberrecht

Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Themen Medienkonvergenz sowie Urheberrecht künftig sinnvoll ausgestaltet werden?

Wir GRÜNE sind der Ansicht, dass bei der neu beschlossenen Reform des europäischen Urheberrechts über ihr Ziel hinausgeschossen wurde. Insbesondere der hochumstrittene Artikel 13 gewährleistet nicht die erforderliche Verhältnismäßigkeit und stellt für kleinere Marktteilnehmer ein Hindernis dar und öffnet Möglichkeiten für Zensur und eine Einschränkung der Meinungsvielfalt.

In Zeiten zunehmender Medienkonvergenz sind wir überzeugt, dass der Gesetzgeber die verändernden Medienlandschaften in Betracht ziehen muss. Die Verbreitung sogenannter Fake News und fehlende Medienkompetenz stellen eine Bedrohung für unsere Demokratie dar und verlangen unter anderem in der Bildungspolitik nach Maßnahmen zur Förderung jener Kompetenzen.

Weitere Veränderungen der Medienlandschaft durch die Verbreitung neuer Formate und Anbieter machen es nötig, die aktuelle Regulierung zu überdenken. Ebenso fordern wir eine konsequentere Besteuerung außereuropäischer Anbieter, die ihr Angebot online auch innerhalb der EU zugänglich machen und damit im europäischen Markt teils erhebliche Gewinne erzielen. Dies ist ein weiterer Schritt in Richtung „level-playing field“.

10. Welche Zukunftsvision haben Sie für die EU und ihre Institutionen?

Welche Zukunftsvision haben Sie für die Europäische Union und seine Institutionen?

Das Herz der europäischen Demokratie ist das Europäische Parlament (EP). Als direkte Vertretung für 500 Millionen bündelt es die Kraft der Demokratie und kann so selbst Weltkonzernen Standards setzen, die unsere Werte schützen. Das Europäische Parlament soll in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat entscheiden können und ein eigenes vollwertiges Initiativrecht für europäische Gesetzgebung erhalten. Wir wollen die Kontrollrechte des Europaparlaments stärken, z.B. das Recht, Zeugen vorzuladen. Das Europaparlament ist aber schon sehr stark. Wir stärken das Europaparlament am meisten, indem wir die Blockademöglichkeiten des Rates verringern. Der Rat der Mitgliedstaaten, das Entscheidungsgremium der europäischen Regierungen, darf nicht von einzelnen Regierungen blockiert werden. Deshalb wollen wir dort Mehrheitsentscheidungen einführen, wo heute noch per Einstimmigkeitsprinzip entschieden wird, vor allem in der Außen- und Verteidigungspolitik, der Steuer- und Energiepolitik. Wir wollen auch die Tradition der Geheimdiplomatie beenden. Alle Mitgliedsländer sollten künftig ihre Position, die sie zu EU-Gesetzen in Arbeitsgruppen des Rates vertreten, offenlegen müssen.

Europawahlen werden europäischer, wenn Parteien transnationale Listen aufstellen können und Unionsbürger*innen überall in der EU an Wahlen teilnehmen können, wo sie ihren Wohnsitz haben. Das Wahlalter gehört abgesenkt auf 16 Jahre, und auch Menschen ohne deutschen Pass oder Nicht-EU-Bürger*innen sollten an Kommunalwahlen teilnehmen dürfen. Wir halten wir an der Position fest, dass Präsident*in der Europäischen Kommission nur werden kann, wer zuvor als Spitzenkandidat*in angetreten war. So können die Bürger*innen die Kandidat*innen für das wichtigste Amt der EU prüfen, bevor sie ihre Wahl treffen.